

# KRITISCHE FRAGEN ZUR GEPLANTEN KIESGRUBE

**LINDAU** Es war nicht die Jahresrechnung, die am Montag zahlreiche Lindauer an die Gemeindeversammlung lockte. Auf Interesse stiess eine Anfrage zum Kiesabbau in Tagelswangen. Doch wer hoffte, die Grube könne verhindert werden, wurde enttäuscht.



Der Bau einer Kiesgrube auf diesem Stück Land in Tagelswangen kann nicht mehr verhindert werden. Foto: Marc Dahinden

Die Stimmzähler hatten an der Lindauer Gemeindeversammlung nicht viel zu tun. Nach den Abstimmungen zu den drei Traktanden sagte Gemeindepräsident Bernard Hosang (FDP) jeweils: «Das ist eine klare Sache. Ihr müsst nicht zählen.» Die 140 Stimmberechtigten nahmen sowohl die Jahresrechnung 2017, die Bauabrechnung zur Sanierung des Trainingsplatzes der Sportanlage Grafstal als auch das Geschäft «Umgang mit dem Verwaltungsvermögen, HRM2», an (siehe Box).

## GEMEINDE HAT MÖGLICHSTES GETAN

Es war eher die schriftlich eingereichte Anfrage von Urs Vescoli, welche die Lindauer so zahlreich in den Bucksaal gelockt hatte. Die Fragen, die er stellte, betreffen die geplante Kiesgrube bei Tagelswangen. Hier soll in drei bis fünf Jahren auf 35 Hektaren 7,5 Millionen Kubikmeter Kies abgebaut werden (wir berichteten).

Vescoli interessierte, wie der Gemeinderat die Diskrepanz zwischen der Kiesgrube und den eigenen Nachhaltigkeits-Zielen rechtfertigt. Er wollte zudem wissen, wieso die Exekutive zusammen mit den Ortsparteien FDP und SVP nicht mehr Lobbying im Kantonsrat betrieben habe. Dieser hat die Richtplanänderung mit dem Eintrag für die Kiesgewinnung 2014 deutlich angenommen.

Hochbauvorsteherin Susanne Sorg-Keller (FDP) ging zuerst auf die Geschichte des Geschäfts ein, die gut 15 Jahre zurückreicht. Sie betonte mehrmals, dass die Gemeinde ihr Möglichstes getan hat, um die Kiesgrube zu verhindern. Doch sie sei zu Beginn gar nicht, und in den folgenden Jahren nur spärlich, informiert worden.

Dass der Gemeinde das rechtliche Gehör nicht gewährt wurde, bestätigte auch das Bundesgericht in einem Urteil, wie Sorg sagt. Die Kritik betreffend Lobbying liess

sie nicht gelten. Der Gemeindepräsident und die damalige Hochbauvorsteherin hätten in «unzähligen» Gesprächen versucht, die Kantonsräte zu überzeugen, dass der Eingriff in die Naturlandschaft und die Immissionen für Tagelswangen zu massiv und nicht akzeptabel seien. «Der Gemeinderat hat intensiv Lobbying betrieben.

Doch die Bemühungen waren vergeblich.»

Weil der Richtplan für die Behörden verbindlich ist, seien die rechtlichen Möglichkeiten der

Gemeinde ausgeschöpft. «Wir können den Kiesabbau nicht mehr verhindern.» In einem nächsten Schritt werde der kantonale Richtplan in einem Gestaltungsplan konkretisiert. Dieser liege derzeit zur Vorprüfung beim Kanton, danach veranstalte das Kiesunternehmen eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung. Wann das sein wird, könne man noch nicht sagen.

## FRAGE NACH STEUERAUSFÄLLEN

Weil die Gemeinde Lindau den Kiesabbau nicht mehr verhindern kann, habe sie zusammen mit Illnau-Effretikon alles mögliche getan, um das Geschäft zu Gunsten der Bevölkerung zu beeinflussen,

sagte Sorg weiter. «Wir haben mit dem Kiesunternehmen einen privatrechtlichen Vertrag abgeschlossen, der dem Gestaltungsplan Leitplanken setzt.» Darin sind unter anderem die Abbauzeit, der Siedlungsschutz und die Verkehrsführung festgelegt.

Vescoli fragte auch, wie die von der Kiesgrube verursachten Steuerausfälle kompensiert werden sollen. Es gebe keinen Beleg dafür, dass es zu Steuerausfällen kommen werde, antwortete Sorg. «Eine seriöse Antwort darauf ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht möglich.»

Zum Schluss ihrer Ausführungen sagte die Gemeinderätin: «Die

in der Anfrage vorgebrachten Vorwürfe treffen nicht zu und sind in aller Form zurückzuweisen.» Trotzdem erachte der Gemeinderat die Anfrage «im Sinne der Information» als sinnvoll.

Vescoli hatte noch Gelegenheit, sich zur Antwort des Gemeinderats zu äussern. Er sehe, dass der Gemeinderat sein Möglichstes getan habe. «Ich habe die Fragen gestellt, weil ich herausgefunden habe, dass etwa 80 Prozent der Bevölkerung nicht wusste, dass eine Kiesgrube kommt.» Die Stimmbürger schienen dankbar dafür, dass er die Fragen gestellt hat und applaudierten ihm.

FABIAN SENN

## DIE WEITEREN GESCHÄFTE

Neben der Jahresrechnung 2017, die statt einer budgetierten Schwarzen Null mit einem Plus von rund 1,5 Millionen Franken schloss, stand auch die Bauabrechnung für den Kunstrasenplatz der Sportanlage Grafstal auf der Traktandenliste der Gemeindeversammlung.

Die Sanierung des Trainingsplatzes kostete 1,3 Millionen Franken, was eine Kreditunterschreitung von knapp 200'000 Franken bedeute, wie Gemeinderat Claudio Stutz (SVP) ausführte. Das sei unter anderem einem unverhofften Beitrag von

161'200 Franken des Zürcher Kantonalverbands für Sport zu verdanken.

Anschliessend wurde die vom Gemeinderat beantragte Aufwertung des Verwaltungsvermögens im Rahmen der Umstellung auf das Harmonisierte Rechnungsmodell 2 behandelt. Gemeindepräsident Bernard Hosang (FDP) erklärte die komplexe Thematik anhand eines fiktiven Beispiels und sagte als Fazit: «Die Neubewertung ist eine einmalige Gelegenheit, das bietet auch unseren Nachkommen eine gute Ausgangslage.» FSE